

Nr. XIX. GP-NR
412 13
1995 -01- 24

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Anschöber, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Doppelbödigkeit der österreichischen Anti-Atom-Politik

Die aufgeregten Feuerwehreaktionen der Bundesregierung in Sachen Mochovce dienen zum Teil wohl nur dazu, die österreichische Mitverantwortung am Bau des slowakischen Atomkraftwerks zu verschleiern. Wirft man einen Blick hinter diese offizielle Anti-AKW-Fassade der Regierung, so zeigt sich, daß insbesondere die nichtexistente Energiepolitik bzw. fragwürdige Entscheidungen des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten den Fertigbau von Mochovce in mehrfacher Weise begünstigen:

- Der Ausbau des österreichischen 380-kV-Hochspannungsnetzes schafft erst die technischen Möglichkeiten für die geplanten, umfangreichen Atomstromtransitgeschäfte der Verbundgesellschaft (VG) und ist gleichzeitig Voraussetzung für die Finanzierung von Mochovce durch Stromexporte ins westliche Ausland.
- Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten hat es verabsäumt, der slowakischen Regierung rechtzeitig und glaubwürdig Unterstützung bei der Verwirklichung energiepolitischer Alternativen (Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Gaskraftwerke, etc.) zukommen zu lassen.
- Die österreichische "Energiepolitik" ist alles - bloß kein Vorbild für die Slowakei. Trotz enormer Energiesparpotentiale und Überkapazitäten im Kraftwerksbereich sieht der Wirtschaftsminister tatenlos zu, wie die E-Wirtschaft nach wie vor ein Kraftwerk nach dem anderen errichtet (Theiß, Lambach, etc.).

Der Wirtschaftsminister ist als oberste Energiebehörde wie auch als Eigentümerversorger der Republik Österreich in der VG maßgeblich für die Gestaltung der österreichischen Energiepolitik verantwortlich. Mit dem Ausbau des 380-kV-Hochspannungsnetzes und den geplanten Atomstromtransitgeschäften der VG wird Österreichs Anti-Atom-Politik hintertrieben und im Ausland immer unglaubwürdiger. Die Stromexporte ins westliche Ausland sind für die Rückzahlung der EBRD-Kredite durch die Mochovce-Betreibergesellschaft EMO unbedingt notwendig. Der VG bzw. der Wirtschaftsminister als genehmigende Energiebehörde schafft mit den 380-kV-Leitungen die Voraussetzung für die Finanzierung von Mochovce.

Durch den vom Wirtschaftsminister gebilligten Abschluß des umstrittenen und inzwischen wieder stornierten "Ukraine-Vertrages" der VG wurde die Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atom-Politik im Ausland weiter ramponiert.

Die österreichische Energiepolitik ist kein Vorbild für die Slowakei. Österreich besitzt zwar kein in Betrieb stehendes Atomkraftwerk, dennoch ist die österreichische Energieversorgung ähnlich ineffizient wie jene in der Slowakei. Anstatt die enormen Energiesparpotentiale in

Industrie, Haushalt und Gewerbe auszunützen, wird in Österreich immer noch der traditionelle Weg des Baus großer ineffizienter Kraftwerke beschritten. Jüngstes Beispiel dieser antiquierten Form der Energieversorgung ist der energierechtlich bereits genehmigte Erweiterungsbau des kalorischen Kraftwerks Theiß. Der Slowakei gute Tips in Sachen Energieeffizienz zu geben ist in Anbetracht der österreichischen "Energiepolitik" scheinheilig und unehrlich.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten ist auf dem besten Weg durch den Ausbau der 380-kV-Netzes, die Atomstromgeschäfte der VG, die Unterlassung entsprechender energiewirtschaftlicher Hilfestellungen für die Slowakei und die mangelnde Vorbildwirkung und Scheinheiligkeit der österreichischen "Energiepolitik" die Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atom-Politik im Ausland immer stärker zu hintertreiben und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Fertigbau von Mochovce erst zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE:

1. Der ehemalige Verbund-Vorstandsdirektor Dr. Walter Fremuth hat mehrmals öffentlich erklärt, Österreich zu einer europäischen Stromdrehscheibe ausbauen zu wollen.

Waren Ihnen die Pläne des damaligen Verbund-Vorstandsdirektors Dr. Walter Fremuth bekannt? Wenn ja, wie bewerten Sie diese Pläne und entsprechen diese Zielsetzungen auch der Geschäftspolitik des neuen Verbund-Vorstandes?

2. Die traditionellen Geschäftsfelder der VG sind die Erzeugung von Strom in Großkraftwerken und der Betrieb des Hochspannungsnetzes. Durch die Liberalisierung der Energiemärkte im Rahmen des EU-Binnenmarktes wird das Stromimportmonopol der VG mit großer Wahrscheinlichkeit fallen. Dadurch wird es vor allem im Kraftwerksbereich zu einer deutlichen Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen kommen.

Ist es richtig, daß die VG ihrer wirtschaftlichen Zukunft verstärkt im Betrieb und Ausbau des Hochspannungsnetzes und im Stromgeschäft (Lieferung, Transit, etc.) und weniger in der Stromerzeugung sieht?

3. Anfang 1993 wurde eine gemeinsam von slowakischem Wirtschaftsministerium, österreichischem Wirtschaftsministerium und Schweizerischem Bundesamt für Außenwirtschaft durchgeführte Studie fertiggestellt, in der die Möglichkeit untersucht wird, das AKW Bohunice V1 auf Gasbefeuerung umzurüsten bzw. durch dezentrale Kraftwerke zu ersetzen. An die Öffentlichkeit gedrungen ist bislang nur, daß gemäß dieser Studie alle Varianten der Substitution von Bohunice V1 in etwa gleich teuer, prinzipiell machbar, und innerhalb von rund 3 Jahren realisierbar seien.

Warum haben Sie diese Studie bislang nicht veröffentlicht? Wann werden Sie die Studie veröffentlichen? Und was genau ist der aktuelle Stand der Diskussion mit unserem Nachbarland Slowakei über Inhalt und Umsetzung dieser Studie?

4. Ist es richtig, daß in dieser Studie festgestellt wird, daß nur nach Inbetriebnahme der 380-kV-Leitung Wien S/O-Bisamberg-Stupava und unter der Voraussetzung der Schließung des 380-kV-Ringes in Österreich, insbesondere durch den Bau der Ostspange Wien S/O-Kainachtal ("Burgenland-Leitung"), Stromtransite in größerem Ausmaß durch Österreich geführt werden können, die wiederum Voraussetzung für die Finanzierung des AKW Mochovce sind?
5. Ist es richtig, daß in dieser Studie im Zusammenhang mit dem slowakischen Energiebedarf, den Eigenkapazitäten und damit dem Stromexportpotential davon ausgegangen wird, daß das AKW Mochovce bis 1998 zugeschaltet wird, womit "die Exportkapazität der Slowakei von 50 MW auf 300 MW steigen" würde?
6. Ist es richtig, daß Österreich - wie in dieser Studie zu lesen ist -, gegenüber der slowakischen Seite die Möglichkeit eingeräumt hat, Bandenergie mit einer Leistung von 50 MW jeweils von 1. September bis 30. April über eine Dauer von 20 Jahren zu importieren, bzw. daß auch größere Exporten nach Österreich denkbar seien?
7. Teilen Sie die Meinung, daß durch diese Zusage bzw. avisierte Möglichkeit des Stromexports nach Österreich die slowakische Seite den Eindruck erhalten mußte, die Fertigstellung des AKW Mochovce würde bei der österreichischen Bundesregierung eine gewisse Akzeptanz gefunden haben?
8. Aus einem Protokoll des slowakischen Wirtschaftsministeriums, das am 4. Mai 1994 ins Bundeskanzleramt gefaxt wurde, und das mit Stichtag 28. Februar 1994 den Stand der Verhandlungen in der österreichisch-slowakischen Arbeitsgruppe "Höchstspannungsleitungen" zusammenfaßt, geht eindeutig hervor, daß die VG an Stromtransit aus der Slowakei interessiert ist. Da Sie Eigentümervertreter der Republik Österreich bei der VG sind und hochrangige Beamte des Wirtschaftsministeriums dieser Arbeitsgruppe angehören, müssen Sie von diesen geplanten Stromtransitgeschäften der VG Kenntnis besitzen?

Ist Ihnen das Interesse der VG aus der Slowakei Strom zu transitieren bekannt? Wenn ja, wie stehen Sie zu diesen Absichten? Wenn nein, heißt das, daß Sie von Ihren Beamten bzw. dem Vorstand der VG darüber nicht informiert wurden? Wenn dem so ist, welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

9. Teilen Sie die Meinung, daß erst der geplante Ausbau des 380-kV-Hochspannungsnetzes die VG in die Lage versetzt Strom aus der Slowakei auf direktem Weg zu importieren bzw. zu transitieren? Wenn ja, wie ist das mit der österreichischen Anti-Atompolitik vereinbar?
10. Alleine für den Bau der 380-kV-Hochspannungsleitung zwischen dem Umspannwerk Bisamberg und dem Umspannwerk Stupava sind seitens der VG Investitionen in der Höhe von zumindest 600 Mio. öS notwendig.

Wie hoch sind die exakten Kosten der von der VG diesbezüglich geplanten Investitionen und welche Summe ist dabei für Inserate in ÖVP- und SPÖ-Parteizeitungen vorgesehen? Wie wurde diese nennenswerte Investition Ihnen gegenüber durch die VG wirtschaftlich begründet? Durch welche Stromgeschäfte käme es zu einem Return on

Investment? Auf welchen Annahmen beruht die Berechnung des von der VG offenbar betriebswirtschaftlich positiv eingeschätzten Kapitalwerts dieser Investition?

11. Für den Fall, daß Sie diese Zahlen aufgrund irgendwelcher sicher sehr stichhaltigen Gründe nicht bekannt geben wollen: Bedeutet das, daß Sie dem Parlament und der interessierten Öffentlichkeit zumuten, sich ein Bild über die Sinnhaftigkeit dieser Leitung machen zu müssen, ohne von Ihnen über die wirtschaftlichen Hintergründe des Leitungsbaus informiert worden zu sein?
12. Teilen Sie die Meinung, daß der geplante Ausbau des 380-kV-Hochspannungsnetzes in Österreich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Chancen der Mochovce Betreibergesellschaft wesentlich verbessert?
13. Teilen Sie die Meinung, daß sich mit dem geplanten Ausbau des 380-kV-Hochspannungsnetzes in Österreich die Möglichkeiten der Betreiber des AKW Mochovce, den erzeugten Strom im Westen gegen harte Devisen zu verkaufen, wesentlich verbessern?
14. Die deutschen Bayernwerke wollen Strom aus Mochovce beziehen. Ist Ihnen bekannt, daß die Bayernwerke diesen Strom über das österreichische Hochspannungsnetz beziehen wollen?
15. Ist Ihnen bekannt, daß das Stromgeschäft mit den Bayernwerken wesentliche Voraussetzung für die Kreditgewährung durch die EBRD an die Mochovce-Betreibergesellschaft ist, da nur dadurch eine Rückzahlung der Kredite durch harte Westwährung gesichert ist?
16. Ist Ihnen bekannt, daß die Bayernwerke vermutlich nur deswegen Strom aus Mochovce beziehen, um damit der Siemens-Tochter Kraftwerksunion (KWU) in Mochovce die Errichtung eines Referenzprojekts zu ermöglichen?
17. Ist Ihnen bekannt, wo die Bayernwerke diesen Strom absetzen wollen, zumal in Deutschland ähnlich wie in Österreich beachtliche Überkapazitäten im Kraftwerkspark bestehen?
18. Die EVN besitzt mit den Bayernwerken bereits die gemeinsame Gastochter RAG. Sind Ihnen Überlegungen der EVN bekannt, mit den Bayernwerken auch im Strombereich ins Geschäft zu kommen? Wenn ja, in welche Richtung gehen diese Überlegungen der EVN? Wird seitens der EVN daran gedacht, evtl. nach einer Liberalisierung der Märkte im Rahmen der EU Strom von den Bayernwerken zu beziehen? Wenn ja, könnte das dann bedeuten, daß die EVN zwar formal Strom der Bayernwerke bezieht, dieser letztendlich aber direkt aus der Slowakei bzw. Mochovce kommt?
19. Welche Stromliefer- oder -tauschverträge oder sonstigen Geschäftsverbindungen bestehen heute bereits zwischen österreichischen EVUs, den Bayernwerken und der EdF bzw. sind für die nächsten Jahre im Gespräch? Bitte führen Sie auch entsprechende Vorgespräche an.
20. Welche Stromliefer- oder -tauschverträge der Bayernwerke und der EdF mit anderen europäischen EVUs sind Ihnen bekannt?

21. Welche Stromlieferverträge (Tausch, Import, Export, etc.) ausländischer EVUs bestehen derzeit bzw. sind geplant, die eine Inanspruchnahme des österreichischen Hochspannungsnetzes zu Transitzwecken vorsehen? Bitte führen Sie die Konditionen dieser Transitvereinbarungen an (Menge, Zeit, Peage, etc.).
22. Führen diese Stromtransite zu Engpässen im österreichischen Hochspannungsnetz. Wenn ja, wann und wo?
23. Welche Zusagen bzw. Angebote sind Ihnen bekannt, die die VG im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung der 380-kV-Leitung im Burgenland der Burgenländischen Landesregierung bzw. der BEWAG etwa im Hinblick auf die künftige Gestaltung von Stromlieferverträgen gemacht hat?
24. In den letzten Wochen wurden von der VG zahlreiche Inserate in den burgenländischen Parteiblättern von SPÖ und ÖVP geschaltet. Können Sie ausschließen, daß es dadurch zu einer verdeckten Parteienfinanzierung gekommen ist?
25. Welche Zusagen bzw. Angebote sind Ihnen bekannt, die die VG im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung der 380-kV-Leitung vom UW Bisamberg zum UW Stupava der NÖ Landesregierung bzw. der EVN etwa im Hinblick auf die künftige Gestaltung von Stromlieferverträgen bzw. von Nutzungsmöglichkeiten dieser Leitung gemacht?
26. Ist Ihnen bekannt, daß das im Auftrag des Wirtschaftsministeriums von den Professoren Kurt Edwin und Hans Glavitsch im Oktober 1992 erstellte Gutachten zur Frage der Notwendigkeit der Errichtung der 380-kV-Leitung UW Kainachtal-UW Wien S/O nach Beurteilung des Darmstädter ÖKO-Instituts massive Mängel aufweist?
27. Ist Ihnen bekannt, daß in diesem Gutachten beispielsweise falsche Annahmen über Strompreise getroffen wurden, daß Varianten ausgeschlossen wurden, die an anderen Stellen im Gutachten wieder als denkbar angesehen wurden, daß Aussagen über den sinnvollen Netzausbau bei stärkerer europäischer Integration fehlen, daß dezentrale Erzeugungsmöglichkeiten durch unrealistische Annahmen diskreditiert wurden und daß es zur Vermischung von notwendigen Ausbaumaßnahmen auf der unteren Spannungsebene mit dem Trassenneubau gekommen ist?

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus diesen zahlreichen Mängeln?

28. Teilen Sie die Meinung, daß die Entscheidung über den Bau der "Burgenland-Leitung" auf Basis eines Gutachtens erfolgen sollte, das keine gravierenden Mängel aufweist? Wenn ja, heißt das, daß Sie auf Basis des Edwin/Glavitsch-Gutachtens keinen positiven Bescheid zur Bau- und Betriebsbewilligung der Leitung erlassen werden? Wenn nein, heißt das, daß Sie trotz der gravierenden Mängel der Studie einen positiven Bescheid erlassen werden.
29. Die steiermärkische Landesregierung hat im Dezember 1994 Beschluß gefaßt, in dem sie eine betreiberunabhängige Prüfung der Notwendigkeit der 380-kV-Leitung zwischen Wien S/O und Kainachtal fordert.

Ist Ihnen dieser Beschluß bekannt? Wenn ja, werden Sie sich für eine betreiberunabhängige Prüfung einsetzen?

30. Eine kritische Überprüfung der im Edwin/Glavitsch-Gutachten vorgenommenen Darstellung der Versorgungssituation des Burgenlandes bzw. der Steiermark konnte aufgrund der mangelhaften Datenlage nicht vorgenommen werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die notwendigen Daten zur Beurteilung der Versorgungssituation (Lastverlauf, etc.) von den betroffenen Landesenergieversorgungsunternehmen und der VG veröffentlicht werden?

31. Teilen Sie die Meinung, daß das Fehlen der entsprechenden Daten symptomatisch für die Intransparenz der österreichischen E-Wirtschaft ist? Wenn nein, heißt das, daß aus Ihrer Sicht die E-Wirtschaft an Transparenz nichts zu wünschen übrig läßt?
32. Sehen Sie Parallelen zwischen der aktuellen Diskussion über die Errichtung der 380-kV-Leitungen in Burgenland und Niederösterreich und der 1991 gestoppten Errichtung der 380-kV-Leitung zwischen Dasny (Temelin) und Ernsthofen (Linz)?
33. Aus welchem Grund wurde diese Leitung aus dem damaligen Ausbauplan der VG gestrichen?
34. Wann und in welcher Form wurden Sie oder Mitglieder der österreichischen Bundesregierung von Vertretern der Slowakischen Republik gebeten, Hilfestellung oder Unterstützung bei der Lösung der energiewirtschaftlichen Probleme zu leisten?
35. In welcher Form sind Sie diesem Ersuchen um Hilfestellung und Unterstützung nachgekommen?
36. Wann und in welcher Form haben Sie aus eigenem Antrieb der Slowakischen Republik konkrete Hilfestellungen im Bereich der Energieversorgung angeboten, die über gutgemeinte Tips und nachbarschaftliche Ratschläge hinausgegangen sind?
37. Am 24. August 1994 führten Sie in Bratislava mit Wirtschaftsminister Magvasi Gespräche über Fragen der Zusammenarbeit im Energiebereich (apa/OTS, 23.8.94). Wurden bei diesem Treffen die Punkte 380-kV-Leitung, die zuvor erwähnte Bohunice-Studie incl. des vorgeschlagenen Stromexports oder sonstige Stromlieferungen oder -transite erörtert. Wenn ja, welche konkreten Inhalte und welche Ergebnisse hatten diesbezüglich die Gespräche?
38. Im Dezember 1994 wurde in Lissabon von einem Beamten des Wirtschaftsministeriums stellvertretend für den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die Energiecharta unterzeichnet, die die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Erschließung der Energieressourcen der ehemaligen Ostblockländer bieten soll. Nach Aussagen des Vorstandsmitglieds der VG, Dr. Johann Sereinig, muß jeder Signatarstaat der Energiecharta Transite im Energiebereich erlauben oder, wenn keine ausreichende Transportkapazität gegeben ist, die Errichtung neuer Leitungen ermöglichen.

Teilen Sie die Meinung von Dr. Sereinig? Bedeutet das, daß Österreich in letzter auf entsprechendes Verlangen anderer Signatarstaaten verpflichtet ist, etwa Lücken im Hochspannungsnetz zu schließen? Wenn ja, können Sie dennoch dem Parlament guten Gewissens empfehlen, die Energiecharta zu ratifizieren? Wenn nein, aufgrund welchen Rechtsgutachtens kommen Sie zu einer gegenteiligen Einschätzung wie Dr. Sereinig?

39. Teilen Sie die Meinung, daß die Erstellung eines entsprechenden Völkerrechtsgutachten angebracht erscheint, ehe die Energiecharta dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wird? Wenn ja, werden Sie ein entsprechendes Gutachten in Auftrag geben?
40. Aufgrund welcher in der Energiecharta fixierten Regelungen erwarten Sie sich eine positive Entwicklung hinsichtlich des Ausstiegs aus der Atomenergienutzung in den Reformstaaten?
41. Der Abschluß des (inzwischen stornierten) sogenannten "Ukraine-Vertrags" der VG ist international auf große Kritik gestoßen und hat die Glaubwürdigkeit der Anti-Atom-Politik Österreichs im Ausland schwer belastet.

Wurden Sie von der VG damals über den geplanten Vertragsabschluß informiert? Wenn ja, was haben Sie gegen den Vertragsabschluß unternommen oder war der Vertrag aus Ihrer Sicht mit der Anti-Atom-Politik Österreichs vereinbar? Wenn nein, welche Konsequenzen haben Sie in Ihrer Funktion als Eigentümerversorger der Republik Österreich bei der VG aus diesem Vorfall gezogen?

42. Ist es richtig, daß die Verträge mit der Ukraine auch Stromlieferungen der VG aus Österreich in die Ukraine vorgesehen haben? Wenn ja, in welchem Umfang, unter welchen Bedingungen und in welcher Zeit? Wenn nein, wie ist es zu erklären, daß in einer im Februar 1993 von Tractebel im Auftrag der EG-Kommission erstellten Studie über das slowakische Hochspannungsnetz ein 300 MW Stromtransit aus Österreich in die Ukraine zwischen 6 Uhr und 22 Uhr zwischen April und September angeführt ist?
43. Bedeutet das, daß die VG in den Sommermonaten während der Tageshöchstlast Überkapazitäten von zumindest 300 MW besitzt? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie konnten Sie dem Bau des Kraftwerks Freudenu unter diesen Bedingungen zustimmen bzw. wie wäre ein Kraftwerk östlich von Wien zu rechtfertigen? Wenn nein, woher hätte der Verbund den Strom genommen?
44. Ist Ihnen bekannt, daß die VG besonders in den Sommermonaten beachtliche Mengen Strom auf den internationalen Spot-Märkten zu Dumpingpreisen verschleudert? Wenn nein, warum sind Sie als Eigentümerversorger der Republik Österreich bei der VG so schlecht informiert? Wenn ja, welche Mengen wurden zu welchen Preisen seit 1990 besonders in den Sommermonaten auf den Spot-Märkten verkauft?
45. Teilen Sie die Meinung, daß die österreichische Bundesregierung in Sachen Mochovce zwar jede Menge guter Ratschläge für die Betreiber des AKWs bzw. die slowakische Regierung zu bieten hat, die österreichische Energiepolitik in bezug auf Ausnutzung der in Österreich vorhandenen Energiesparpotentiale und den Betrieb effizienter

Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad keine wie immer geartete Vorbildwirkung besitzt? Wenn Sie diese Meinung nicht teilen, wie erklären Sie den Umstand, daß im Bereich der österreichischen Industrie durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen nach konservativen Schätzungen 1000 bis 2000 MW elektrischer Leistung erzeugt werden könnten, dies nach Angaben der Industrie aufgrund von unattraktiven Einspeisebedingungen ins öffentliche Stromnetz jedoch unterbleibt? Und wie erklären Sie den Umstand, daß in Österreich wie im Falle des kalorischen Kraftwerks Theiß noch immer Kraftwerksneu- oder zubauten genehmigt werden, die einen vollkommen unzeitgemäßen Wirkungsgrad unter 60 Prozent aufweisen, wo also beinahe die Hälfte der Energie ungenutzt als Abwärme verloren geht?

46. Teilen Sie die Meinung, daß Österreich bei der Nutzung von Abwärmepotentialen von Industrieanlagen und Kraftwerken verstärkt tätig werden sollte, um nicht zuletzt auf diesem Gebiet der Slowakei Vorbild zu sein? Können Sie in diesem Zusammenhang erklären, wie es möglich ist, daß Ihnen seit mehr als 13 Monaten die Neuregelung bzw. Verlängerung der Fernwärmeförderung nicht und nicht gelingen will? Glauben Sie, daß die österreichische Fernwärmeförderung ein vorbildliches Modell für die Slowakei sein könnte?
47. Teilen Sie die Meinung, daß Österreich die Slowakei wahrscheinlich eher zum Verzicht auf AKWs bewegen könnte, wenn wir im eigenen Land die Verwirklichung einer effizienten, ökologisch verträglichen und bei Berücksichtigung der externen Kosten der AKWs auch deutlich billigeren Energiewirtschaft vorzeigen könnten?
48. Glauben Sie, daß die geplanten Geschäfte der VG und möglicherweise auch der EVN sowie eine nichtexistente österreichische Energiepolitik geeignet sind, die Glaubwürdigkeit der österreichischen Anti-Atom-Politik und insbesondere die der Bundesregierung im Ausland zu stärken?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieser Anfrage zum frühestmöglichen Zeitpunkt verlangt.